

Absturz mit Ansage

Die SPD und die Bundestagswahl 2025

Gerd Mielke und Fedor Rose

1

Die SPD hat am 23. Februar 2025 ihr bislang schlechtestes Ergebnis bei einer Bundestagswahl erzielt. Mit einem Zweitstimmenanteil von 16,4 Prozent und 120 von insgesamt 630 Sitzen kam sie nur noch auf den dritten Rang der Parteien im deutschen Parlament. Klarer Wahlsieger wurde die CDU/CSU mit 28,6 Prozent und 172 Mandaten. Auf Platz zwei liegt nun die AfD mit 20,8 Prozent und 152 Sitzen; sie konnte ihren Zweitstimmenanteil gegenüber der Bundestagswahl 2021 glatt verdoppeln. Die Grünen erreichten 11,6 Prozent und 85 Sitze; die Linke schließlich erhielt eher überraschend 8,8 Prozent der Zweitstimmen und errang 64 Mandate. Die FDP verfehlte mit 4,3 Prozent die Fünf-Prozent-Hürde relativ klar; das Bündnis Sahra Wagenknecht lag mit 4,75 Prozent ganz knapp darunter. Als schließlich alle Stimmen ausgezählt waren, blieb von den Parteien der sogenannten „demokratischen Mitte“ nur eine Koalitionsvariante zur Regierungsbildung übrig: das Bündnis aus CDU/CSU und SPD, also das, was man in früheren Zeiten einmal die „Große Koalition“ genannt hätte.

Die drei Ampel-Parteien verloren insgesamt einen Zweitstimmenanteil von 19,5 Prozent im Vergleich zur Bundestagswahl 2021, davon entfielen allein 9,3 Prozent, also knapp die Hälfte, auf die SPD. Allerdings verdeckt diese simple Gegenüberstellung der beiden letzten Wahlen aus der Sicht der SPD eine Reihe von entscheidenden Elementen sowohl der sozialdemokratischen Wählerverluste als auch der sie beeinflussenden innerparteilichen Bestimmungsfaktoren.¹

2

Zunächst wird die immer noch vertretene sozialdemokratische Interpretation des SPD-Bundestagswahlergebnisses von 2021 zu relativieren sein. In der SPD wurde bis zum Schluss des aktuellen Wahlkampfes das Ergebnis von 2021 mit 25,7 Prozent als Resultat einer mitreißenden Wahlkampagne und der Ausstrahlung von Olaf Scholz als zugkräftigem Kanzlerkandidaten gewertet. Ganz offensichtlich ist dies bestenfalls die halbe Wahrheit. Seit der Rückkehr einer neuen und wieder politikfähigen Parteiführung der CDU unter Friedrich Merz im Verlauf des Sommers 2022 zeichnen sich für die SPD in allen Umfragen wieder

1 Wir verweisen hier auf unsere zwei ausführlichen Studien zur Entwicklung der SPD, die im Umfeld der letzten beiden Bundestagswahlen erschienen sind: Mielke, G./Ruhose, F. 2021: Zwischen Selbstaufgabe und Selbstfindung. Wo steht die SPD? Bonn; dies. 2024: Auf dünnem Eis. Die SPD in Krisenzeiten. Frankfurt am Main/New York.

die alten politischen Kräfteverhältnisse aus den Krisenjahren 2019 und 2020 ab. Der Wahlsieg der SPD von 2021 war also weit eher ein situativer „Ausreißer“, hervorgerufen durch den selbstzerstörerischen Konflikt zwischen dem Unionskanzlerkandidaten Armin Laschet und dem völlig außer Kontrolle geratenen CSU-Vorsitzenden Markus Söder. Dies legt sowohl eine Neubewertung der politisch Verantwortlichen für die beiden Wahlkampagnen 2021 und 2025 als auch der sozialdemokratischen Profilierungsbemühungen innerhalb der Ampelkoalition und damit der Rolle der SPD-Führung nahe. In einem Fall geht es um den derzeitigen Parteivorsitzenden und vormaligen Generalsekretär Lars Klingbeil, im anderen Fall um den Bundeskanzler Olaf Scholz und die von ihm angeführte sozialdemokratische Parteispitze bei den Vereinbarungen zur Ampelkoalition.

3

Nach der Bundestagswahl 2025 mit ihren dramatischen Verlusten für die SPD fällt bei den bislang publizierten Analysen und Kommentaren eine eigentümliche Leerstelle auf. Weder in den medialen Erklärungsversuchen, aber auch nicht in Stellungnahmen der Parteispitze der SPD oder ihrem sozialwissenschaftlichen Umfeld tauchen irgendwelche Bezugnahmen zu den sozialdemokratischen Bundestagswahlergebnissen um die Jahrtausendwende, also von 1998 bis 2009, auf. Zunächst verhießen diese Wahlen ein bevorstehendes sozialdemokratisches Jahrzehnt in Deutschland. Aber diese Hoffnung schlug in der Folgezeit in die Ernüchterung über dramatische Wahlniederlagen der Sozialdemokraten um. Gerade das erste Jahrzehnt des neuen Jahrtausends markiert also eine bedeutsame programmatisch-ideologische Zäsur in der Wahlgeschichte der deutschen Sozialdemokratie, deren Bedeutung der Wende von Godesberg im Jahr 1959 gleichkommt. Im Gegensatz zu dem langen Aufstieg der SPD, der mit dem Godesberger Programm verbunden war, signalisieren die Jahre von 1998 bis 2009 einen säkularen Bedeutungsverlust der Sozialdemokratie. Wir werden darauf eingehen müssen.

Die Bundestagswahl 1998 kam einer Art elektoralen Wiederauferstehung der SPD nach der seit 1983 durchgestandenen Dominanz der CDU/CSU unter Helmut Kohl gleich. Ganze vier Legislaturperioden hatte die SPD mit verschiedenen Kanzlerkandidaten vergeblich versucht, die von Helmut Kohl geführte Bundestagsmehrheit aus Union und den Liberalen zurückzuerobern. 1998 gelang ihr endlich ein grandioser Wahlerfolg mit 40,9 Prozent, damals noch unter dem Parteivorsitz von Oskar Lafontaine und mit dem Kanzlerkandidaten Gerhard Schröder. Die Koalition aus SPD und Grünen verfügte über eine deutliche Mehrheit im Bundestag von 345 Mandaten bei insgesamt 669 Sitzen. Jedoch war das Glück über den Wahlsieg nicht von langer Dauer. Zwar gewann Rot-Grün unter der Kanzlerschaft Gerhard Schröders auch noch die darauffolgende Bundestagswahl 2002, allerdings schon mit einem leicht geringeren Zweitstimmenanteil. Der Verlust der Mehrheit für die rot-grüne Koalition kam 2005, als sich Angela Merkel erstmals als Bundeskanzlerin an der Spitze einer Koalition aus Union und SPD durchsetzte. Das vorläufige Ende aller Mehrheitsperspektiven für die SPD vollzog sich 2009 mit dem Kanzlerkandidaten Frank-Walter Steinmeier, unter dessen Kandidatur die SPD von 34,2 Prozent auf 23,0 Prozent absackte.

Die Ursache für die dramatischen Wahlniederlagen der SPD auf Bundes- und Länderebene zwischen 2005 und 2013 lag in einer tiefgreifenden programmatisch-ideologischen innerparteilichen Auseinandersetzung um programmatische und ideologische Grundsätze des sogenannten „Dritten Weges“. Dieses programmatische Konzept für eine neue, mit liberalen Elementen durchsetzte Variante von Sozialdemokratie wurde durch den englischen Soziologen Anthony Giddens formuliert und populär durch die Adaption des Konzepts durch den englischen Premierminister und Labour-Führer Tony Blair. Der „Dritte Weg“ zielte auf eine Veränderung traditioneller sozialdemokratischer Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik durch die Übernahme neoliberaler Programmelemente. Als „Agenda 2010“ unter Gerhard Schröder, mit ihrem Kernstück der sogenannten „Hartz-IV“-Reform, führte diese programmatische Wende in Deutschland jedoch zu einer tiefgreifenden und dauerhaften Abkehr und Entfremdung weiter Teile der sozialdemokratischen Wählerschaft, und hier wiederum vor allem der Unterschichten und unteren Mittelschichten, von der SPD.

Über zwanzig Jahre nach dem Schwenk der SPD auf den „Dritten Weg“ unter Gerhard Schröder im Jahr 2003 hat die Abkehr von den „kleinen Leuten“ dramatische Ausmaße angenommen. Nur noch 12 beziehungsweise 13 Prozent der Arbeiter*innen beziehungsweise Arbeitslosen haben bei der aktuellen Bundestagswahl für die SPD gestimmt; das sind Verluste von 14 beziehungsweise 10 Prozentpunkten. Auch in Deutschland signalisiert ein niedriger Bildungsabschluss in aller Regel die Zugehörigkeit zur Unterschicht oder unteren Mittelschicht. Nur noch 20 Prozent der Wähler*innen mit niedrigem Bildungsabschluss haben die Sozialdemokraten gewählt, bei einem Verlust von 13 Prozentpunkten. Vergleichen wir diese Stimmanteile mit denen der Union beziehungsweise der AfD, so sind dies bei der Union 22 beziehungsweise 16 Prozent bei leichten Zuwächsen von 2 Prozentpunkten und 38 beziehungsweise 34 Prozent bei der AfD bei starken Zuwächsen von 17 Prozentpunkten in beiden Gruppen. Ähnlich verhalten sich die Stimmenverteilungen bei den Wähler*innen mit niedrigem Bildungsabschluss. Hier stimmten 32 Prozent für die CDU/CSU und 29 Prozent für die AfD; bei der AfD gab es in dieser Bildungskategorie einen Zuwachs von 16 Prozentpunkten. Die SPD ist also bei Weitem keine relevante politische Bezugsgröße mehr für ihre vormalige Stammklientel der „kleinen Leute“.

Die Hinwendung zur Politik des „Dritten Weges“ fand nicht nur bei einer Mehrheit unter den Führungseliten der SPD breiten Zuspruch. In den Jahren nach 2003 verfestigte sich dieser Zuspruch bis hin zur strukturellen Dominanz einer „Schröder-Fraktion“² an der Spitze der deutschen Sozialdemokraten. Ihr gehörten neben Gerhard Schröder etwa Franz Müntefering, Frank-Walter Steinmeier, Hans Eichel, Wolfgang Clement, Peer Steinbrück, Sigmar Gabriel sowie zahlreiche andere sozialdemokratische Repräsentant*innen der Länderebene an. Unter ihnen befand sich ab 2002 übrigens auch Olaf Scholz, der damals das Amt des Generalsekretärs der SPD übernommen hatte. Auch fast alle anderen sozialdemokratischen

2 Das Konzept der Fraktion – im Unterschied zum Konzept der Fraktion – bezeichnet eine Gruppenbildung innerhalb einer Partei, die sich durch die Ausrichtung an bestimmten programmatischen Überzeugungen oder durch gemeinsame Kriterien bei der Elitenrekrutierung definiert. Im Fall der „Schröder-Fraktion“ war dies der durch den früheren niedersächsischen Ministerpräsidenten Gerhard Schröder und sein politisches Umfeld vermittelte programmatisch-ideologische Komplex aus wirtschafts- und gesellschaftspolitischen Programmelementen.

Parteien in Europa schlossen sich diesem programmatischen Schwenk auf den „Dritten Weg“ an.³ In der Folge sackten sie in einer Serie spektakulärer Wahlniederlagen mehrheitlich in die politische Bedeutungslosigkeit ab. Die Sozialdemokratie, die sich als Parteifamilie in Europa über ein Jahrhundert hinweg für die politischen Belange der „kleinen Leute“ starkgemacht hatte, verschwand innerhalb eines Jahrzehnts fast völlig von der politischen Landkarte.

In einigen wenigen Fällen gelang sozialdemokratischen Parteien nach einigen Jahren ein Comeback an den Wahlurnen. Aber in aller Regel war dieses Comeback nicht mit einer Rückbesinnung auf die sozialdemokratischen Grundideen vor ihrem Schwenk auf den „Dritten Weg“ verknüpft; eine Rückkehr ins traditionelle „sozialdemokratische Feld“ – um auf ein Konzept des französischen Soziologen Pierre Bourdieu anzuspielen – fand nicht statt. In gewissem Sinne gingen diese Wahlsiege der Sozialdemokraten auf ein konzeptionelles beziehungsweise programmatisches Missverständnis zurück, wie man an den Wahlergebnissen etwa der SPD erkennen kann. Der SPD wurden zwar noch immer programmatisch ihre klassischen politischen Ziele aus der Zeit vor der Annäherung an den „Dritten Weg“ zugeschrieben, aber auf der Ebene der handfesten praktischen Umsetzung hatte sie sich durch die von ihr ebenfalls getragene Schuldenbremse und andere programmatische Schwenks – so etwa die Ersetzung des klassischen sozialdemokratischen Ziels der „Verteilungsgerechtigkeit“ durch die Hinwendung zum weitaus schwammigeren Ziel der „Chancengerechtigkeit“ oder gar des mehr oder minder inhaltsleeren Ziels des „Respekts“ – von der praktischen und empirisch nachvollziehbaren Annäherung an diese Ziele weitgehend verabschiedet. So schwand im Lauf der Zeit die zugeschriebene Kompetenz für soziale Sicherheit und der damit verbundene Rückhalt in der Wählerschaft immer mehr. Die politische Ansprache auf dem Feld der „kleinen Leute“ gelang den Sozialdemokraten nicht mehr.

4

Der aktuellen Wahlniederlage der SPD ging eine eigentümliche innerparteiliche Debatte um die Eignung des amtierenden Bundeskanzlers als Kanzlerkandidat seiner Partei voraus. Ein Teil der Eigentümlichkeit dieser Debatte bestand darin, dass sie zu keinem Zeitpunkt öffentlich ausgetragen wurde, sondern sich im Wesentlichen in der Form von Hintergrundgesprächen und informellen Kolportagen zutrug. Um was ging es?

Nachdem die Ampelkoalition auseinandergebrochen war, kam plötzlich die Frage auf, ob Bundeskanzler Olaf Scholz überhaupt der „richtige“ Kandidat für die SPD war oder ob seiner statt nicht Bundesverteidigungsminister Boris Pistorius die SPD als populärster Bundespolitiker in den Wahlkampf hätte führen sollen. Unmittelbarer Auslöser dieser Debatte waren die anhaltend schlechten Umfragewerte von Olaf Scholz, der sich im Ranking der deutschen Spitzenpolitiker*innen stabil auf einem der hinteren Plätze festgesetzt hatte. Nach

3 Zum Einfluss der Debatte über den „Dritten Weg“ auf die Entwicklung der Sozialdemokratie in den wichtigsten europäischen Ländern siehe: Merkel, W. 2006 (Hrsg.): Reformfähigkeit der Sozialdemokratie. Wiesbaden.

einigen Tagen der vagen Spekulationen und Ungewissheiten erfolgte dann eine eindeutige Festlegung der Parteiführung auf Olaf Scholz als Spitzenkandidat, die auch durch wiederholte Erklärungen von Boris Pistorius bekräftigt wurden, selbst keine Kanzlerkandidatur anzustreben. Allerdings zeigte dieses kurzfristige Aufflackern der Kandidatendebatte, dass sich Olaf Scholz und sein spezifischer Stil der politischen Kommunikation nicht auf eine breite und vorbehaltlose Unterstützung in den eigenen Reihen verlassen konnte. Er war eben nicht der unumstrittene Führer und Sympathieträger seiner Partei, eine Erfahrung, die er an verschiedenen Schlüsselstellen seiner Parteikarriere immer wieder machen musste, nicht zuletzt bei der für Scholz traumatischen Niederlage bei dem Versuch, zusammen mit seiner Co-Kandidatin Klara Geywitz den gemeinsamen Parteivorsitz gegen Norbert Walter-Borjans und Saskia Eskens zu erringen.

Im eigentlichen Sinne besorgniserregend war vor allem der Umstand, dass so kurz vor der entscheidenden Phase des Wahlkampfes einmal mehr offenkundig wurde, dass über mittlerweile lange Jahrzehnte hinweg sich kein verlässliches System der Elitenrekrutierung bei der SPD hat etablieren können. Seit dem Ende der Ära Brandt/Schmidt zu Beginn der 1980er-Jahre werden sowohl die Ämter im Bereich der Parteiführung als auch – für den Fall einer sozialdemokratischen Regierungsbeteiligung – die Minister*innen und Staatssekretär*innen in einem weitgehend undurchsichtigen Verfahren rekrutiert. Diese Grauzone von innerparteilich konkurrierenden Modellen der Elitenrekrutierung führt unter anderem immer wieder zu prekären, beinahe putschartigen Situationen beim Kampf um die zentralen Positionen an der Parteispitze. Ein prägender Aspekt dieser Grauzone ist die komplette Ausschaltung der Mitwirkungsrechte der Parteimitglieder, vor allem dann, wenn sich die Problematik des personellen Austausches oder wenigstens der partiellen Erneuerung der Parteiführung nach dramatischen Wahlniederlagen oder Krisen im Wählermarkt mit besonderer Wucht präsentiert. Hier kommen das in der Partei noch immer gegenwärtige Beispiel von Frank-Walter Steinmeier und seiner Selbsternennung zum Vorsitzenden der Bundestagsfraktion nach seiner spektakulären Wahlniederlage bei der Bundestagswahl 2009 oder eben der ohne Vorankündigung von Lars Klingbeil vollzogene Griff nach dem Amt des Fraktionsvorsitzenden bei der aktuellen Bundestagswahl noch am Wahlabend in den Sinn. Die Besonderheit dieser spontanen und überraschenden Machtübernahmen liegt in beiden Fällen darin, dass sie trotz dramatischer Verluste vollzogen wurden und damit schlicht und einfach die Frage nach den Ursachen für das miserable Abschneiden der Partei beiseitewischen. Dass in beiden Fällen dann auch noch das Ganze durch Aufrufe der zugriffigen Elite zu strikter innerparteilicher beziehungsweise innerfraktioneller Geschlossenheit begleitet wird, offenbart wiederum schon beinahe komödiantische Züge.

Im Kern laufen diese immer wieder ausgestellten politischen Freibriefe für zentrale programmatische Entscheidungen auf eine potenziell willkürliche und weitgehend unkontrollierte programmatisch-ideologische Lufthoheit der Parteispitze hinaus. Die Informationsfunktion, die ja in von den Wähler*innen positiv oder negativ sanktionierten, durch Stimmengewinne oder Stimmenverluste geprägten Signalen zum Ausdruck kommt, droht vollkommen irrelevant zu werden, wenn auf diese Signale nicht von der Partei beziehungsweise der Parteiführung entsprechend reagiert wird. Das ist die entscheidende Lehre, die alle Parteien der politischen Mitte, die SPD aber in besonderem Maße, ziehen müssen, wollen sie weiterhin als politisch

prägende Kraft eine Rolle spielen. Politische Reaktionen im Sinne von zentralen Entscheidungen zu bestimmten umstrittenen Politikfeldern oder politischen Kooperationsentscheidungen wie Koalitionsvereinbarungen setzen allseits akzeptierte Verfahrensregeln zur Festlegung und Durchsetzung dieser Entscheidungen voraus. Es ist also von vornherein fragwürdig, bewusst Unsicherheit beziehungsweise Ungewissheit darüber zuzulassen, wann welche Verfahren zur Rekrutierung von Führungspersönlichkeiten oder zur Legitimierung von Koalitionsabkommen zur Anwendung kommen sollen. Dabei mag es durchaus sinnvoll sein, nicht von vornherein auf bundesweit einheitlichen Verfahren zu bestehen, um eventuelle Vor- und Nachteile bestimmter Verfahrensvarianten praktisch erproben zu können.⁴ In jedem Fall erhöht ein derart flexibles Verfahren die innerparteiliche Bereitschaft, in aller Breite akzeptierte Regeln der Entscheidungsfindung in Angriff zu nehmen.

5

Die ostdeutschen Länder haben sich auch bei dieser Bundestagswahl für die SPD als Krisenregionen erwiesen. Dies ist kein neuer Befund, sondern die Bundespartei ist sich dieser krisenhaften Situation eigentlich schon seit der deutschen Vereinigung bewusst, aber sie hat sie dennoch weitgehend tatenlos hingenommen. Mittlerweile nehmen die Krisensymptome dramatische Formen und Ausmaße an. Nicht nur haben sich in Ostdeutschland im Unterschied zur alten Bundesrepublik von ihrer Grundstruktur und ihrem Aufbau her ganz unterschiedliche Parteiensysteme herausgebildet, es ist vor allem die dominante Stellung der rechtspopulistischen AfD, die den neuen Ländern ihre spezifische Prägung verleiht.⁵

Während die AfD bei einem Gesamtergebnis von 20,8 Prozent in Westdeutschland 18,0 Prozent erzielt, kommt sie in Ostdeutschland durchweg auf Zweitstimmenanteile, die deutlich über 30 Prozent liegen. Brandenburg bildet dabei mit 32,5 Prozent für die AfD das Schlusslicht im Osten; Thüringen mit 38,6 Prozent, Sachsen mit 37,3 Prozent und Sachsen-Anhalt mit 37,1 Prozent bilden das Trio mit den Spitzenwerten; Mecklenburg-Vorpommern folgt mit 35,0 Prozent. Die Zuwachsraten rangieren zwischen 12,7 Prozentpunkten in Sachsen und 17,5 Prozentpunkten in Sachsen-Anhalt.

- 4 Ein gutes Beispiel für diese flexiblen Varianten sind die in den einzelnen Bundesstaaten unterschiedlichen Verfahren bei der Durchführung der Vorwahlen zu amerikanischen Präsidentschaftswahlen. Dabei werden fortlaufend Veränderungen bzw. Verbesserungen diskutiert und erprobt im Rahmen der sogenannten „Delegate Selection Rules Committees“; und diese kommen dann gegebenenfalls bei den nächsten „National Conventions“ zur Anwendung.
Ein bedeutsames Element aus dem Tätigkeitfeld der „Delegate Selection Rules Committees“, das auch in Deutschland zur Anwendung gebracht werden könnte, sind die sogenannten „Superdelegates“. Mit diesem Begriff werden die Funktionsträger*innen bezeichnet, die sich bereits durch Wahlerfolge für die Partei ausgezeichnet haben, also etwa erfolgreiche Bürgermeister*innen oder Gouverneur*innen. Mit ihrer automatischen Aufnahme in den Kreis der Delegierten wird das besondere Gewicht von wirklichen Wahlerfolgen symbolisiert. Diese Repräsentant*innen tragen dazu bei, etwa derzeit modische Prominenz durch auch wirklich erwiesene politische Zugkraft auszubalancieren.
- 5 Zu der Entwicklung der Parteiensysteme in den neuen Ländern siehe aktuell: Mielke, G./Ruhose, F. 2024: „Etwas Neues im Osten?“ Die Landtagswahlen in Thüringen, Sachsen und Brandenburg. In: TUP Theorie und Praxis der Sozialen Arbeit, 75. Jg., Heft 4, 246–257.

Demgegenüber ist die SPD in Ostdeutschland auf eine Nischenexistenz mit einem Zweitstimmenanteil von 11,8 Prozent zurückgefallen. In Sachsen hat sie nur noch spärliche 8,5 Prozent und in Thüringen ein wenig mehr mit 8,8 Prozent erzielt. Die sozialdemokratischen Verluste waren in Ostdeutschland durchweg dramatisch. In Mecklenburg-Vorpommern schrumpften die Zweitstimmenanteile um 16,7 Prozentpunkte, in Thüringen um 14,7 und in Brandenburg um 14,6 Prozentpunkte.

Gerade in Ostdeutschland war die SPD förmlich von politischen Gegnern eingekreist. Sie verlor nach allen Seiten, nicht zuletzt auch an die beiden Parteien, die man ebenfalls dem linken Lager zurechnen kann: die Linke, die einen unerwarteten Aufschwung mit 13,4 Prozent erlebte, und auch das BSW, das in den neuen Ländern mit 9,3 Prozent durchaus respektabel abschnitt.

Die Hauptursache für das politische Desaster, das der SPD in Ostdeutschland bei dieser Bundestagswahl widerfuhr, war die auf breiter Front zutage tretende mangelhafte politische Kultivierungsleistung. Seit der Vereinigung hat es die Sozialdemokratie als Partei über beinahe drei Jahrzehnte hinweg nicht geschafft, sich als Trägerin eines eigenständigen und tragfähigen politischen Milieus zu etablieren. Die extrem ausgedünnte Mitgliedschaft, die starken innerparteilichen Vorbehalte gegen Bündnisse innerhalb des „defekten“ linken Lagers, vor allem durch die unübersehbare Präsenz als Reizfigur und die Führungsrolle des vormaligen SPD-Vorsitzenden Oskar Lafontaine im Rahmen der Linken und später auch des Bündnis Sahra Wagenknecht, wirkten hier zusammen. In der Folge all dieser Komplikationen vermochte es die SPD allenfalls in Einzelfällen durch bodenständige und authentische Ministerpräsidenten wie Manfred Stolpe, Mattias Platzeck und Dietmar Woidke in Brandenburg oder Harald Ringstoff, Erwin Sellering und Manuela Schwesig in Mecklenburg-Vorpommern, sich fest als Landespartei im Osten zu etablieren. Vor allem aber hätten diese eher parteiorganisatorischen Probleme zu einer umfassenden strategischen Aufgabe für das Willy-Brandt-Haus aufsummiert werden können. Diese politische Kultivierungsleistung im Blick auf Ostdeutschland hätte sinnvollerweise von Anfang an als strategisches Projekt der Bundes-SPD definiert werden sollen. In diesem Projekt hätten neue, etwa zeitlich begrenzte Formen der Parteimitgliedschaft, Kooperationen mit Elementen der Zivilgesellschaft, bürgernahe Formen der Veranstaltungen der Spitzengremien der SPD über einen längeren Zeitraum hinweg praktiziert und getestet werden können. Damit hätte das Bedürfnis der Menschen nach politischer Beteiligung bei gleichzeitiger Skepsis gegenüber der Parteidemokratie aktiv bedient werden können.

6

Es liegt in der Natur der Sache, dass bei der Betrachtung von Wahlen mit katastrophalem Ausgang nur wenige ermunternde und positive Bilanzteile ins Auge fallen. Insofern kann die SPD bei einer offenen und selbstkritischen Analyse der zurückliegenden Bundestagswahl kaum tröstliche und Zuversicht stiftende Aspekte ihrer Politik in den vergangenen Jahren erhoffen. Dies gilt vor allem angesichts der massiven, sich über mehrere Jahrzehnte erstreckenden Fehlentwicklungen in den eigenen Führungsetagen. Es kommt deshalb einem politischen Wunder gleich, dass sich in der unmittelbaren Folge der sozialdemokratischen

Wahlkatastrophe durch den so offensichtlich lockeren Umgang der CDU/CSU und ihres Kanzlerkandidaten Friedrich Merz mit den eigenen Wahlversprechen sowie durch die mutige Intervention der Grünen für die schwer angeschlagene SPD ein „window of opportunity“ auftut, gewissermaßen eine Chance ergibt, den Fuß wieder in die Tür zu kriegen. Die Rede ist natürlich von der teilweisen Aussetzung der Schuldenbremse für Ausgaben im Bereich der Verteidigung und für die dringend notwendigen nachholenden Maßnahmen zur Verbesserung der Infrastruktur und zur Stärkung des Klimaschutzes. Diese weitreichenden Modifikationen der Schuldenbremse sollen und können hier nicht auch nur ansatzweise analysiert und kommentiert werden, die Diskussion dieser in ihren politischen Folgen immer noch umstrittenen Maßnahmen wird in anderen Foren ausgiebig ausgefochten werden. Wir wollen uns hier auf die Frage konzentrieren, ob und inwieweit die sozialdemokratische Parteiführung – in welcher am Ende gültigen Konfiguration auch immer – den politischen Willen und die Kraft aufbringen kann, das fatale Kapitel des „Dritten Wegs“ und der damit verbundenen Dominanz der „Schröder-Fraktion“ mit ihrer lähmenden Wirkung für jede sozialdemokratische Politik abzuschließen.

Zum Zeitpunkt der Entstehung dieses Manuskripts befinden wir uns erst am Anfang der schwierigen Koalitionsverhandlungen. Zu welchen Ergebnissen diese Verhandlungen auch immer führen mögen, die Sozialdemokraten, die sie führen, sollten dem Narrativ, mit dem sie am Ende vor die Öffentlichkeit treten, in jedem Fall die Leitmelodie voranstellen, es handle sich bei dem Koalitionsvertrag um den Versuch, auch ein sozialdemokratisches Regierungsprojekt zu schaffen. Dieser Anspruch mag zunächst den Koalitionspartner und auch einen Teil der Medien irritieren, aber er sollte trotz der herben Wahlniederlage signalisieren, sich nicht auf die dauerhafte Rolle als zahmer Juniorpartner der Union einrichten zu wollen. Dieser offensive Anspruch sollte als Bekräftigung mit der klaren Ankündigung eines neuen Grundsatzprogramms verbunden sein. Dieses Grundsatzprogramm sollte den Willen signalisieren, eine klare und verbindliche Vorstellung von den grundsätzlichen Leitlinien der SPD zu präsentieren, die ganz gezielt aus dem Schatten des Koalitionsvertrags hervortritt und sich nicht in Interpretationen von Koalitionskompromissen verliert.

Das Projekt „Sozialdemokratie“ verlangt unter den gegenwärtigen Strukturen des deutschen Parteiensystems ein ergänzendes Projekt „Linke Mehrheit und linke Mitte“, das ein Gegenbild zu den augenblicklichen Tendenzen hin zu einem konservativen und rechten Gesellschaftsentwurf in sich trägt. Diese linke Mehrheit zielt auf die zukünftige politische Kooperation mit den Grünen und der Linken. In beiden Parteien – und hier besonders bei den Grünen – kommt während der kommenden beiden Legislaturperioden vor allem eine positive Rolle des Staates als „Ermöglichungsstaat“ als positive Staatsfunktion zum Tragen, ganz im Gegensatz zu dem Zerrbild eines bei den Konservativen und Liberalen vorherrschenden Schreckensbild des „Verhinderungsstaats“. Die Zusammenarbeit mit beiden ideologisch benachbarten Parteien sollte ein dauerhaftes strategisches Ziel in allen sozialdemokratischen Überlegungen sein.

Was ist das Fazit unserer Betrachtung der Bundestagswahl 2025? Die Aussichten für einen erneuten Aufschwung der SPD sind alles andere als hoffnungsvoll. Als erstes Zwischenziel kann allenfalls der Erhalt und die Stabilisierung regionaler Hochburgen in einzelnen Bundesländern vorrangig betrieben werden. Ein Comeback als führende Kraft auf Bundesebene

erscheint angesichts der nach wie vor quälenden Dominanz der gegenwärtigen Führungseliten schwer vorstellbar, aber selbst im Schatten der gerade überstandenen Katastrophe bei der Bundestagswahl 2025 sind immerhin noch einige Hoffnungsschimmer sichtbar. Sie sind vor allem deshalb bedeutsam, weil sie alle durch mutiges und entschlossenes Handeln in der Partei und ihren Führungsgremien selbst stabilisiert und verstärkt werden können. Diese kritische Selbstreflexion hatte während der letzten Jahrzehnte keine Chance – vielleicht kann nun der Blick in den Abgrund die so dringend gebotene politische Courage herbeiführen.

Gerd Mielke

ist Professor für Politikwissenschaft an der Universität Mainz. Unter den Ministerpräsidenten Rudolf Scharping und Kurt Beck war er Abteilungsleiter und Leiter der Stabsstelle Grundsatzfragen in der Staatskanzlei Rheinland-Pfalz in Mainz.

E-Mail: mielkegerd@web.de

Fedor Rose

ist Chef der Staatskanzlei Rheinland-Pfalz. Er ist Mitglied der Grundwertekommission der SPD und Policy Fellow am Berliner Thinktank „Das Progressive Zentrum“.

Impressum

Herausgeber: Arbeiterwohlfahrt Bundesverband e.V. Berlin, Heinrich-Albertz-Haus, Blücherstr. 62/63, 10961 Berlin

Redaktion: Berit Gründler, Prof. Dr. Ragnar Hoenic, Peter Kuleßa (verantwortlich), Nadine Buder (Redaktionsassistentin)

Redaktionsanschrift: AWO Bundesverband e.V., Blücherstraße 62/63, 10961 Berlin, Tel: 030-26309-199, Fax: 030-26309-32199, Email: tup@awo.org, Internet: www.tup-online.com

Redaktionsbeirat: Claudia Mandrysch, Dr. Marvin Deversi (Vorsitzende*), Prof. Dr. Gerhard Bäcker, Prof. Dr. Ernst-Ulrich Huster, Prof. Dr. C. Wolfgang Müller †, Prof. Dr. Gerhard Naegele, Prof. Dr. Thomas Rauschenbach, Prof. Dr. Doris Schaeffer, Dr. Burkhard Schiller, Hansjörg Seeh, Prof. Dr. Michael von Hauff.

Manuskripte werden jederzeit als Ausdruck und Datei an die Redaktion erbeten. Es werden nur Originalbeiträge angenommen. Für unverlangte Sendungen wird keine Haftung übernommen. Rücksendung erfolgt nur, wenn entsprechendes Rückporto beiliegt.

Verlag: Julius Beltz GmbH & Co. KG, Beltz Juventa, Werderstraße 10, 69469 Weinheim, Tel: +49(0)6201/6007-0, service@beltz.de

TUP erscheint fünfmal jährlich im Februar, April, Juni, September (Beiheft) und Dezember.

Unter www.juventa.de finden Sie ein Gesamtregister der Zeitschriftenbeiträge.

Preise und Bezugsbedingungen: Jahresabonnement € 38,00 Studierende (gegen Vorlage einer Studienbescheinigung) € 32,00, Einzelheft € 10,00 (jeweils zzgl. Versandkosten). Der Gesamtbezugspreis (Abonnementspreis plus Versandkosten, Inland € 6,00) ist preisgebunden. Abbestellungen spätestens 6 Wochen vor Jahresabgabensende. Ein Probeabonnement umfasst 3 Hef-te zum Preis von € 17,70 frei Haus.

Anzeigen: Claudia Klinger, Julius Beltz GmbH & Co. KG, Postfach 100154, D-69441 Weinheim

Tel.: 06201/6007-386, Fax: 06201/6007-9331, E-Mail: anzeigen@beltz.de

Fragen zum Abonnement und Einzelheft: Beltz Medien-Service, Postfach 100565, D-69445 Weinheim, Tel.: 06201/6007-330, Fax: 06201/6007-9331, E-Mail: medienservice@beltz.de

Die Zeitschrift und alle in ihr enthaltenen Beiträge und Abbildungen sind urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung außerhalb der engen Grenzen des Urheberrechtsgesetzes ist ohne Zustimmung des Verlags unzulässig und strafbar. Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Verarbeitung in elektronischen Systemen.

Printed in Germany

ISSN 0342-2275